

Zum Thema B 212 neu:

## Planungsdefizite ignoriert

Auch mich hat der Brief der IHK an die niedersächsische Landesregierung mit dem Ziel des schnellen Baus der B 212 neu-Südvariante geärgert. Diese Interessenvertretung der örtlichen Unternehmen ignoriert vehement alle überzeugenden Gegenargumente, als wären die ortsansässigen Betriebe zwingend auf neue Straßen angewiesen.

Wenn selbst das Bundesamt für Naturschutz erhebliche Defizite an den Planungen bemängelt, sollte doch auch die IHK bei weiteren Stellungnahmen ihre Position gründlichst überdenken.

Sie bringt sich unnötig in die Schusslinie, da die Planung nicht nur politisch, sondern auch juristisch auf sehr wackligen Beinen steht. In solch rechtsunsicherer Situation zeigt sie sich deutlich von ihrer lobbyistischen Seite und verspielt damit an Ansehen. Mit dem Brief an den neuen Verkehrsminister Olaf Lies erweist die IHK sich selbst einen Bärendienst, denn sie tragen nicht zur Beschleunigung Richtung neuem Raumordnungsverfahren bei, welches mittlerweile sehr wahrscheinlich geworden ist. Jetzt sind sie die Bremser. Mir sollte es im Interesse von Delmenhorst eigentlich recht sein. Dann kommt die B 212 neu eben noch später.

ULRICH GADAU, DELMENHORST

WK → DK

SONNABEND  
3. AUGUST 2013

## B 212: Land könnte Bau ruhen lassen

Erklärung aus Bundesministerium

VON ANDREAS D. BECKER

**Delmenhorst.** Das Land Niedersachsen hat bei der Planung von Bundesstraßen mehr Einfluss, als bisher vermutet wurde. Das jedenfalls geht aus einem Schreiben von Enak Ferlemann, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister, an die Interessengemeinschaft B 212-freies Deich- und Sandhausen (IG) hervor. Weil die neue niedersächsische Landesregierung die Ortsumgehung Delmenhorst gar nicht erst für den Bundesverkehrswegeplan 2015 anmelden und für die B 212 neu auf einen Anschluss an Delmenhorst über die Stedinger Landstraße verzichten will, hatte sich die Bürgerinitiative an das Bundesministerium gewandt, um Klarheit zu erhalten, ob das überhaupt geht. Bislang hieß es immer, dass der Bund vorgibt, was Niedersachsen zu machen habe. So hatte es zumindest noch die alte schwarz-gelbe Regierungskoalition in Hannover erklärt.

Ferlemann erläuterte der IG nun aber, dass die Länder Bundesstraßen „in eigener Zuständigkeit planen, bauen, unterhalten und verwalten. Somit entscheidet das Land Niedersachsen unter Berücksichtigung seiner Planungsmittel und Planungskapazitäten auch allein über den Einsatz seiner Planungsressourcen.“ Das Land kann also die beiden Straßen, die in Delmenhorst und Ganderkesee äußerst umstritten sind, ruhen lassen, indem es dafür zurzeit einfach kein Geld gibt. Eine Nachricht, die die IG gern hört. „Jetzt stellt sich die spannende Frage, inwieweit die neue niedersächsische Landesregierung bei der B 212 neu und der B 213 Ortsumfahrung Delmenhorst von ihren umfassenden Möglichkeiten Gebrauch machen wird“, teilten die IG-Sprecher Martin Clausen und Uwe Kroll mit.

WK → DK 03.08.13